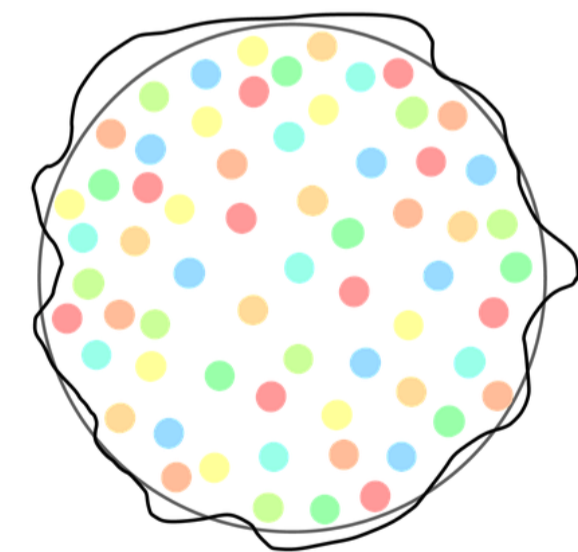


Referentenentwurf Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz (IKJHG) Was käme auf die Jugendämter zu?



Katharina Lohse, Julia Tölch

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.

Ziele

- **Kinder- und Jugendhilfe** = „das primär für ein gedeihliches Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen verantwortliche Sozialleistungssystem“
- **UN-BRK** verlangt „individuelle, ganzheitliche Förderung aller Kinder und Jugendlichen, ohne dabei an die Kategorisierung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, ohne Behinderungen oder die Form der Beeinträchtigung anzuknüpfen“
- **Zusammenführung** der Zuständigkeiten der Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe

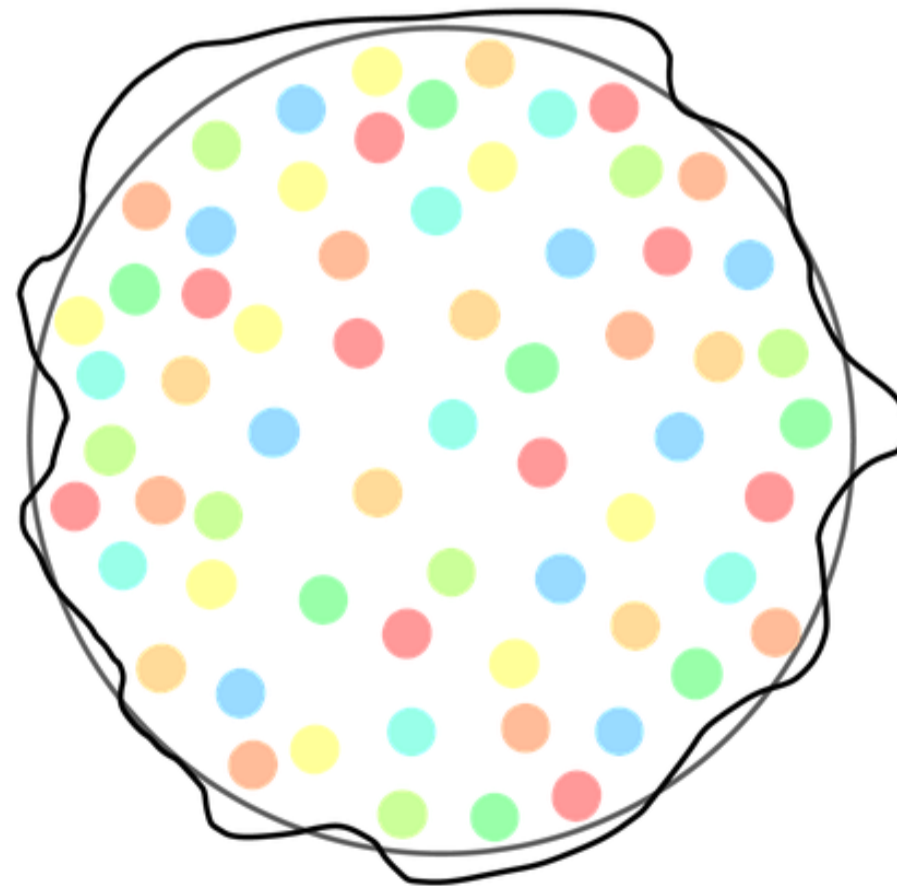
3 Stufen zum Inklusiven SGB VIII



Agenda

- I. Verfahrenslotse
- II. Hilfe zur Erziehung
- III. Eingliederungshilfeleistungen
- IV. Hilfe für junge Volljährige
- V. Vereinbarungsrecht
- VI. Kostenbeteiligung
- VII. Gerichtsbarkeit
- VIII. Länderöffnungsklausel

Verfahrenslotse



Unterstützung des Leistungsberechtigten

§ 10b Abs. 1
SGB VIII-E

(1) Junge Menschen, die Leistungen der ~~Eingliederungshilfe~~ **zur Teilhabe** ... geltend machen ..., sowie ihre Mütter, Väter, Personensorge- und Erziehungsberechtigten haben ... Anspruch auf Unterstützung und Begleitung durch einen Verfahrenslotzen. Der Verfahrenslotze soll die Leistungsberechtigten bei der Verwirklichung von Ansprüchen auf Leistungen der ~~Eingliederungshilfe~~ **zur Teilhabe** unabhängig unterstützen sowie auf die Inanspruchnahme von Rechten hinwirken.

Auswirkungen auf die Jugendämter

- **Leistungsadressat:innen** bleiben dieselben
- Unterstützungsumfang erweitert auf **alle Teilhabeleistungen** (§§ 4, 6 SGB IX)
 - gesetzliche Krankenkassen
 - Bundesagentur für Arbeit
 - Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
 - Träger der gesetzlichen Rentenversicherung
 - Träger der Sozialen Entschädigung
- **Reichweite der Unterstützung**
- **Qualifizierung der Fachkräfte**

Unterstützung des öffentlichen Trägers

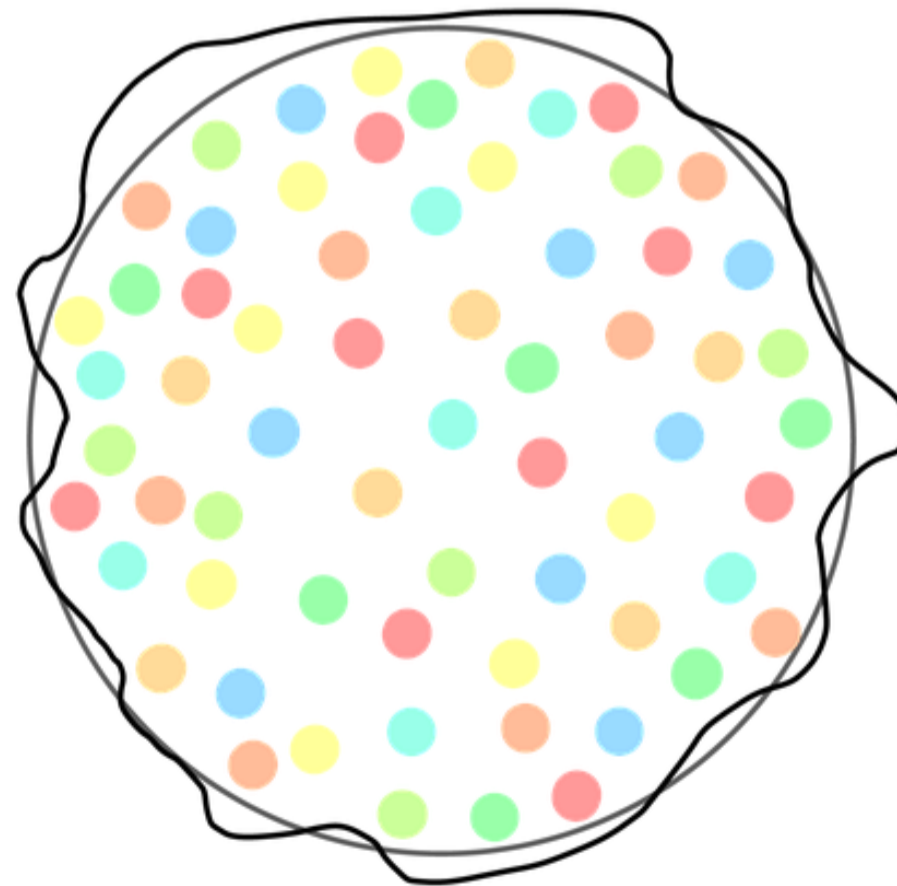
§ 10b Abs. 2
SGB VIII-E

Der Verfahrenslotse unterstützt den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der ~~Zusammenführung der Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen in dessen Zuständigkeit~~ **inklusive Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Buch insbesondere im Rahmen der Jugendhilfeplanung nach § 80. Hierzu....**

Auswirkungen auf die Jugendämter

- **Verschiebung** von „Zusammenführung“ auf „inklusive Wahrnehmung“
- **§ 80:** Einrichtungen und Dienste sollen so geplant werden, dass
 - möglichst wirksames, vielfältiges, inklusives und aufeinander abgestimmtes Angebot
 - gemeinsame Förderung junger Menschen mit und ohne Behinderungen unter Berücksichtigung spezifischer Bedarfslagen
- **Organisationsvielfalt/-hoheit Abs. 2**
 - Personen- oder Stellenidentität mit Abs. 1
 - als eigene Projekt- oder Stabsstelle
 - integriert in § 80 Abs. 1

Hilfe zur Erziehung



Neu-Strukturierung der §§ 27 – 41a SGB VIII

- § 27 Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe („Dach-Norm“)
- §§ 27a ff Hilfe zur Erziehung
- §§ 35a ff Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen [und drohenden Behinderungen]
- § 39 Beratung und Unterstützung der Eltern
- § 39a Beratung und Unterstützung der Pflegeperson
- § 40 Auslandshilfen
- § 41 Hilfe für junge Volljährige
- § 41a Nachbetreuung

§ 27 SGB VIII-E

Abs. 1 = Klammer HzE + EGH = § 1 Abs. 1

Abs. 2

Voraussetzungen HzE

Abs. 3

Voraussetzungen EGH

Abs. 3a

Eignung und Notwendigkeit

Abs. 3b

Drohende Behinderung

Abs. 4

Rechtsverordnung

Abs. 5

Gleichzeitiger Anspruch

Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe

§ 27 SGB VIII-E

- **Zusammenführung von HzE und EGH**
 - Leitbild in § 1 Abs. 1 als „Klammer“ für beide Leistungen (Abs. 1)
 - Keine eigenständigen Leistungen zur Entwicklung
- **Anspruchsvoraussetzungen für HzE**
 - ausdrücklich „solange“
 - Ausweitung der Anspruchsinhaberschaft für HzE außerhalb des Elternhauses auf Jugendliche
- **Anspruchsvoraussetzungen Eingliederungshilfe**
- Befugnis für die Bundesregierung zu **Rechtsverordnung** über Konkretisierung der Leistungsberechtigung
- **Gleichzeitiger Anspruch** = Leistung, die beides deckt

§ 27a SGB VIII-E

Hilfe zur Erziehung

- Entspricht weitgehend **§ 27 SGB VIII**
- **Pooling** von Anleitung und Begleitung in Schule oder Hochschule
 - ✓ Bedarfsgerechtigkeit im Einzelfall
 - ✓ NEU: bei Zumutbarkeit iSd § 5 Abs. 3 und
 - ✓ NEU: wenn eine Leistungsvereinbarung mit dem Leistungserbringer bestehen
- Erweiterung der Leistung auf **Kind der Mutter** (= § 27 Abs. 4 a.F.)
- **Leistungskatalog**
 - weiterhin offen
 - §§ 28-35
- **§ 34** ~~Heimerziehung~~ **Betreute Wohnformen**

Kritische Punkte

- Entwicklung als Oberbegriff und nicht als eigenständige Leistung
- Begründung für eine Anspruchsinhaberschaft HzE erst ab 14 Jahren
- Konkretisierung der Leistungsberechtigung in einer Rechtsverordnung

Auswirkungen auf die Jugendämter: Hilfebegehren einer Jugendlichen

- **Sozialrechtliche Handlungsbefugnis (§ 36 SGB I)**
 - ohnehin erst ab 15
 - Soll-Pflicht des öffentlichen Trägers zur Information des gesetzlichen Vertreter
 - Einschränkungsmöglichkeit des gesetzlichen Vertreters
- **Leistungsart**
 - Erziehungsberatung
 - Information bei niedrigschwelliger Inanspruchnahme?
 - Argument: Selbstbestimmungsbefugnis
 - Außerfamiliäre Unterbringung
 - Zustimmung der Personensorgeberechtigten (Inhaber des Aufenthaltsbestimmungsrechts) erforderlich

Hilfe- und Leistungsplanung

Regelungsstruktur

§§ 36 - 36b für HzE und Eingliederungshilfeleistungen

- § 36 SGB VIII-E Grundsätze der Hilfe- und Leistungsplanung
- § 36a SGB VIII-E Hilfe- und Leistungsplan
- § 36b SGB VIII-E Hilfe- und Leistungsplankonferenz

§§ 38 - 38d ergänzend nur für EGH-Leistungen

- § 38 SGB VIII-E Verweis auf §§ 14 ff. SGB IX
- § 38a SGB VIII-E Bedarfsfeststellung bei EGH-Leistungen
- § 38b SGB VIII-E Instrumente der Bedarfsermittlung (EGH)
- § 38c SGB VIII-E Hilfe- und Leistungsplan (EGH)
- § 38d SGB VIII-E Hilfe- und Leistungsplankonferenz (EGH)

§ 36 SGB VIII-E

Abs. 1

Grundsätze

Abs. 2

Zusammenwirken Fachkräfte

Abs. 3.1

Aufklärung und Beratung

Abs. 3.2

Vertrauensperson

Abs. 4

Prinzipien

Grundsätze der Hilfe- und Leistungsplanung

- **Auflistung von Planungselementen** (vgl. § 117 Abs. 1 SGB IX)
 - Beteiligung, Dokumentation der Wünsche, Bedarfsfeststellung unter Einbeziehung des sozialen Umfelds, Plankonferenz, Planaufstellung
- **Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte** bei langfristigen Hilfen und Leistungen (vgl. SGB VIII)
- **Beteiligung, Beratung und Aufklärung** (vgl. § 36 Abs. 1 SGB VIII)
- Beteiligung einer **Vertrauensperson** auf Verlangen der Leistungsberechtigten (vgl. § 117 SGB IX)
- **Planungsprinzipien** (Partizipation, Transparenz, Interdisziplinarität, Konsensorientierung u.a., vgl. § 117 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX)

§ 36a SGB VIII-E

Abs. 1

Inhalt zusammen mit Kind / PSB

Abs. 2

Überprüfung und Fortschreibung

Abs. 3

Geschwister

Abs. 4

Weitere Personen, Träger, Schule

Abs. 4

Nicht sorgeberechtigte Eltern

Abs. 5

Akteneinsicht

Hilfe- und Leistungsplan

- **Inhalt**
 - ✓ Bedarfsfeststellungen
 - ✓ Verfügbare und aktivierbare Selbsthilferessourcen des Leistungsberechtigten
 - ✓ Art und Ausgestaltung der Hilfe/Leistung nach Inhalt, Umfang und Dauer
- **Dokumentation**
 - ✓ Berücksichtigung Wunsch- und Wahlrecht
 - ✓ Notwendige Beteiligungen
 - ✓ Ggf. Ergebnisse der Konferenz
- **Überprüfung und Fortschreibung**
 - ✓ Spätestens nach zwei Jahren
 - ✓ Wirkungskontrolle
- **Beteiligung**
 - Geschwister, andere Leistungsträger, Schule, nicht sorgeberechtigte Eltern
- **Zur-Verfügung-Stellen des Hilfe- und Leistungsplan**

Hilfe- und Leistungsplankonferenz

- **Durchführung**
 - im Ermessen des Jugendamts („kann“), Zustimmung des Leistungsberechtigten erforderlich
 - Vorschlagsmöglichkeit für Leistungsberechtigte und Beteiligte
 - Ablehnung durch das Jugendamt
 - wenn maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann
 - kein angemessenes Verhältnis zwischen Aufwand und Umfang der Leistung
 - Hilfezweck in Frage gestellt
- **Gemeinsame Beratung** über die Art der Hilfe und deren Ausgestaltung auf Grundlage des festgestellten Bedarfs
- **Beteiligung einer Vertrauensperson** auf Verlangen des Leistungsberechtigten

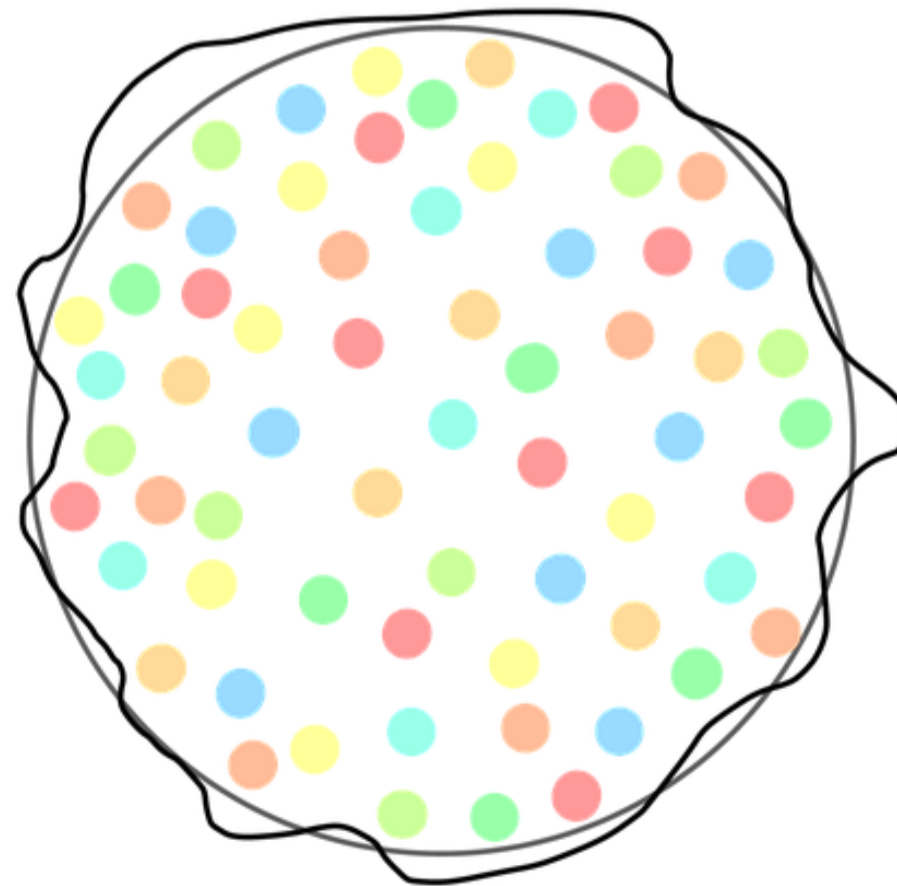
Kritische Punkte

- Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte: Langfristigkeit der Leistungsgewährung = sinnvolles Kriterium bei EGH?
- Fortschreibung nach zwei Jahren: Risiko der Absenkung der Intervalle für die Überprüfung des Hilfeplans (HzE)?
- Wirkungskontrolle bei HzE
- Hilfe- und Leistungsplankonferenz = Standard oder Regelfall? (§ 36 Abs. 1 Nr. 5 <-> § 36b Abs. 1)
- Schriftliche Planung bei HzE?

Auswirkungen auf die Jugendämter Hilfeplanung HzE

- **Echte Neuerungen oder nur andere Begriffe?**
 - Planungsprinzipien
 - Selbsthilferessourcen des Leistungsberechtigten
 - Dokumentation von Wunsch- und Wahlrecht
 - Hinzuziehung von Beteiligten
 - Intervalle für Überprüfung und Fortschreibung
 - Akteneinsicht für Leistungsberechtigte

Eingliederungshilfe- leistungen



Eingliederungshilfe - Voraussetzungen

§ 27 Abs. 3-3b
SGB VIII-E

- weiterhin **Kinder und Jugendliche** als Anspruchsinhaber
- Anspruchsvoraussetzungen:
 - Neu: (drohende) Behinderung iSd **§ 7 Abs. 2 SGB VIII**
 - **Wesentlichkeit** (§ 99 Abs. 1 SGB IX) nach dem Wortlaut keine Voraussetzung
 - Elemente aus § 27 („**geeignet und notwendig**“), § 99 SGB IX („**Besonderheit des Einzelfalls**“) und § 90 SGB IX (**Aufgabe der EGH**)

Offene Punkte

- **Eignung und Notwendigkeit** der Leistung
 - Wechselwirkungen der Beeinträchtigungen mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren und deren konkrete Auswirkungen auf die Teilhabe des jungen Menschen
 - Wesentlichkeitskriterium?
- **Rechtsverordnung** zur Konkretisierung der Leistungsberechtigung

Eingliederungshilfe Leistungsgewährung

§ 35a Abs. 1 SGB
VIII-E

- weiterhin **offener Leistungskatalog**
- Regelung zu **Art und Umfang** der Leistungen:
 - Ergebnis der Prüfung nach § 27a Abs. 3a (Eignung und Notwendigkeit der Leistungen)
 - Besonderheiten des Einzelfalls (entspricht im Wesentlichen SGB IX)
- **Kombination** unterschiedlicher Leistungsarten (ebenso bei HzE)

Eingliederungshilfe Leistungsformen

§ 35a Abs. 3-6
SGB VIII-E

- **Leistungsformen:** Sach-, Geld-, Dienstleistungen, SGB IX
- **Kombination** mit anderen Leistungen nach dem SGB VIII-E (entsprechende Regelung für HzE)
- **Dienstleistungsformen** (entspricht bisherigem SGB VIII)
- Neu: Soll-Vorschrift zu **inklusive Leistungserbringung**
- **Pauschale Geldleistung** (entspricht im Wesentlichen SGB IX)
- **Persönliches Budget** (entspricht im Wesentlichen SGB IX; Beratungspflicht)

Eingliederungshilfe Leistungsgruppen

§ 35a Abs. 2 SGB
VIII-E

- Leistungsgruppen wie bisher:
 - Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
 - Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
 - Leistungen zur Teilhabe an Bildung
 - Leistungen zur Sozialen Teilhabe
- ➔ Kein Verweis ins SGB IX (wie bisher), sondern **eigenständige Regelungen im SGB VIII-E**

Eingliederungshilfe Leistungskatalog

§§ 35b – 35i SGB
VIII-E

- Leistungen zur **medizinischen Rehabilitation** (entspricht SGB IX)
 - eigene Regelung zur **Früherkennung und Frühförderung** mit Verweis auf SGB IX und FrühförderV → keine Hilfe- und Leistungsplanung!
- Leistungen zur **Teilhabe an Bildung** (entspricht im Wesentlichen SGB IX)
- Leistungen zur **Beschäftigung** (entspricht SGB IX)
- Leistungen zur **Sozialen Teilhabe** (entspricht im Wesentlichen SGB IX)
 - Neu: Eltern und Geschwister als vertraute Bezugs-/Begleitpersonen bei stationärem Krankenhausaufenthalt
 - **Leistungen zur Mobilität** (entspricht SGB IX)
 - **Besuchsbeihilfen** (entspricht SGB IX)
- **Pauschale Geldleistung, gemeinsame Inanspruchnahme („Pooling“)** (entspricht SGB IX)

☀ unklar: Verhältnis
zu GKV-Leistung?

Auswirkungen auf die Jugendämter

- Konkretisierung der **Anspruchsvoraussetzungen**
- **Rechtsverordnung?**
- **Leistungskatalog** kaum verändert
 - Einfachere Rechtsanwendung durch Normierung im SGB VIII?

Eingliederungshilfe Bedarfsfeststellung

§ 38a SGB VIII-E

Wichtigste Neuerungen

- Gutachten, (kürzere) ärztliche Stellungnahmen oder vergleichbare Bescheinigungen können zur Feststellungen des Rehabilitationsbedarfs genutzt werden
- Drei Prüfungsschritte
 - ✓ Liegen schon **ausreichende Gutachten**, ärztliche Stellungnahmen oder vergleichbare Bescheinigungen vor?
 - ✓ Wenn nein → Prüfung, ob eine **kürzere ärztliche Stellungnahme** oder eine **vergleichbare Bescheinigung** genügt
 - ✓ Wenn nein → Einholung eines **umfassenden Gutachtens**

Auswirkungen auf die Jugendämter

- Keine gesetzliche Vorgabe mehr hinsichtlich **Qualifikation** der Gutachter:innen
- **Vorhandene Gutachten** beachten (wie bisher)
- Fachliche **Einschätzung**, welche Art von Gutachten erforderlich ist
- **Konkretisierungsbedürftige Begriffe:**
 - „kürzere ärztliche Stellungnahme“
 - „vergleichbare Bescheinigung“
 - „Gutachten“

Eingliederungshilfe Instrumente der Bedarfsermittlung

Wichtigste Neuerungsanschlage

- Verbindliche Anordnung, fur die Bedarfsermittlung ein **ICF-CY-orientiertes Instrument** zu verwenden
- ubernahme der im SGB IX genannten **Lebensbereiche**, in denen eine Teilhabebeeintrachtung zu prufen ist (bspw. Lernen und Wissensanwendung, Kommunikation)
- **Verordnungsermachtung** (BMFSFJ)

Eingliederungshilfe Hilfe- und Leistungsplan

§ 38c SGB
VIII-E

Wichtigste Neuerungen

- **Neue Dokumentationspflichten** im Hilfe- und Leistungsplan (inhaltlich übernommen aus SGB IX)
- Regelung weist auf Vorschriften zum **Teilhabeplan** gem. § 19 SGB IX hin
- Beteiligung **Sachverständige**
- Beteiligung der **Pflegekasse** bei Anhaltspunkten für eine Pflegebedürftigkeit

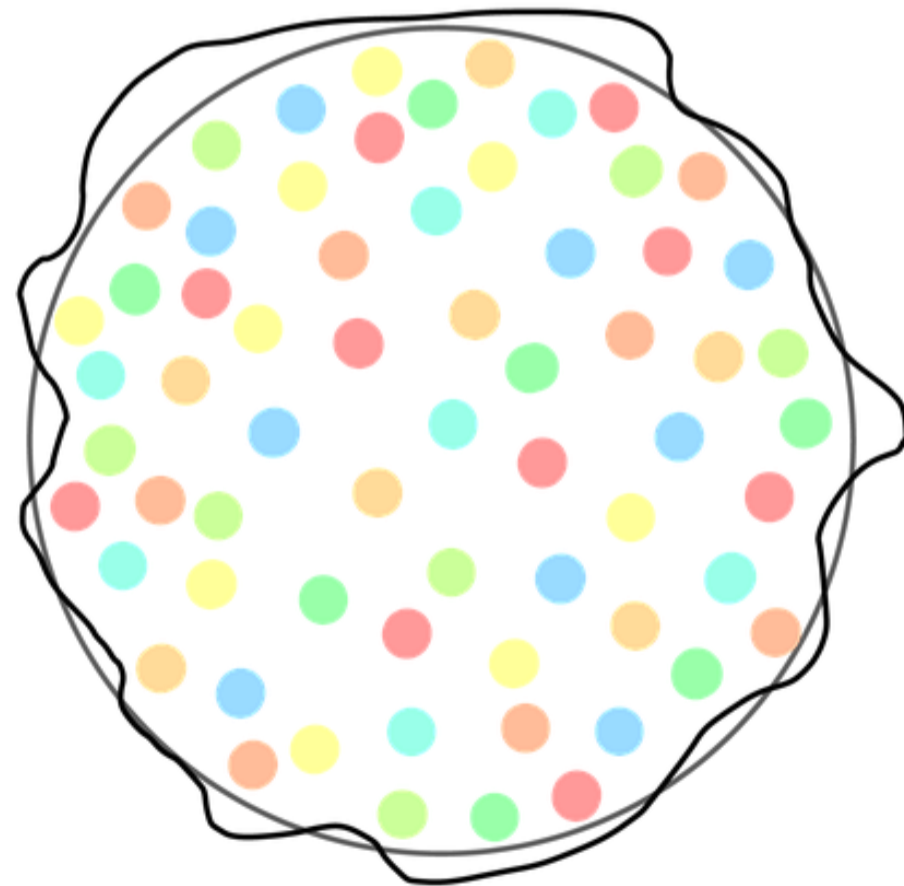
Eingliederungshilfe Hilfe- und Leistungsplankonferenz

- Ergebnisse der EGH-Bedarfsermittlung = **Grundlage** der Hilfe- und Leistungsplankonferenz
- **Einbeziehung** Medizinische Gutachter:innen und Pflegekasse (Ermessen des Jugendamts)
- Regelung für Fälle von **Trägermehrheit**

Auswirkungen auf die Jugendämter

- **Neues Instrument** Bedarfsermittlung (Abwarten Rechtsverordnung)
- **Weitergehende Dokumentationspflichten** bei EGH
- **Beteiligung** Gutachter:innen/Pflegekassen bei Hilfe- und Leistungsplan (/ -konferenz)

Hilfe für junge Volljährige



Auswirkungen auf die Jugendämter

- Es soll weiterhin gelten:

SGB VIII-
Leistungen

Regelanspruch bis zum 21. Geburtstag
Voraussetzung: Gefährdung Verselbstständigung

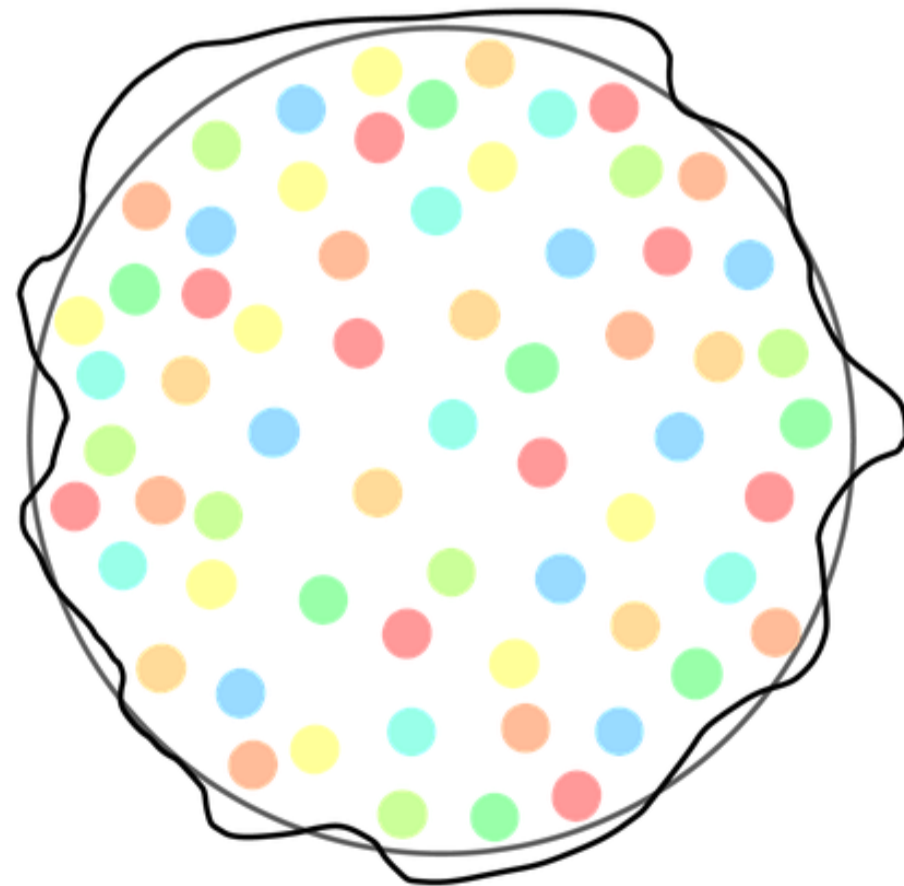
Weiterleistung ab dem 21. Geburtstag in
begründeten Einzelfällen für begrenzten Zeitraum
(max. 27. Geburtstag)

Zeitpunkt des
Zuständigkeitsübergangs:
Einzelfallbeurteilung

SGB IX-
Leistungen

 Kritik:
„Persönlichkeits-
entwicklung“ bei
Teilhabebedarfen?

Vereinbarungsrecht



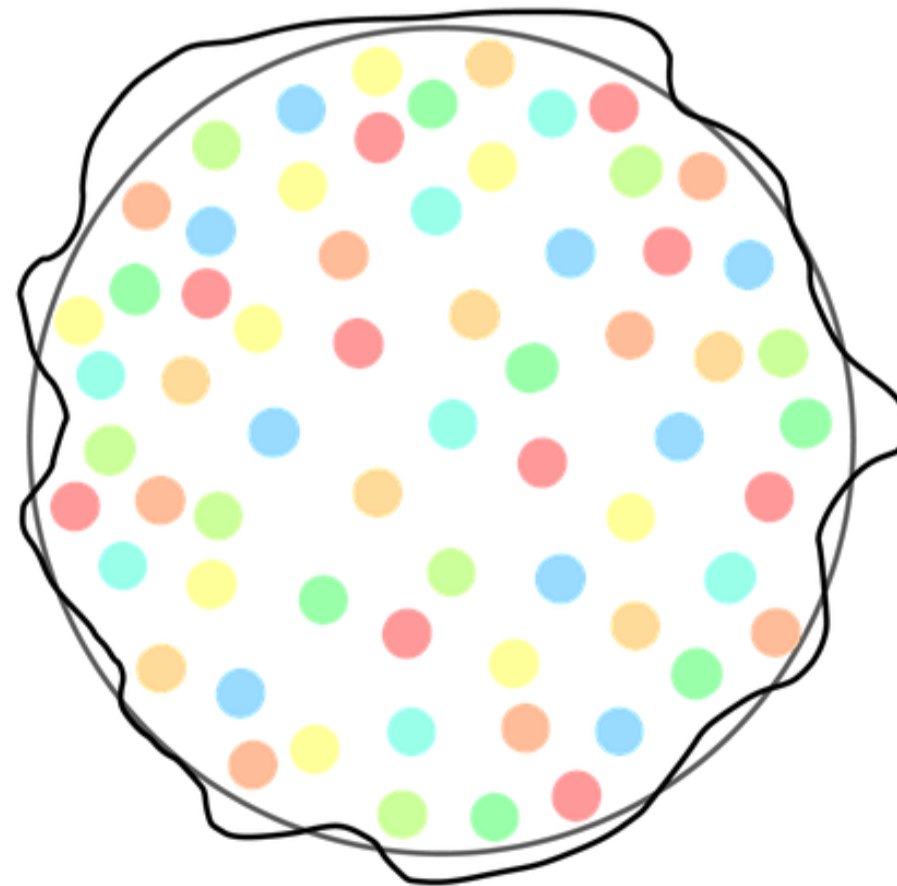
Grundsatz: SGB VIII-Regelungen

- **keine Neuregelung des Leistungserbringerrechts** entsprechend der §§ 123 ff SGB IX
- **Übergangsregelung** für bestehende Vereinbarungen **bis zum 31.12.2032**
- **Schlechterstellung der Erbringer von Leistungen nach dem SGB IX**
 - Keine Schiedsstellenfähigkeit für Vereinbarungen über ambulante Leistungen
 - Kein Anspruch auf Abschluss einer Leistungsvereinbarung
 - Kein öffentlich-rechtlicher Zahlungsanspruch
- **Vorteile auch für den öffentlichen Träger, zB Leistungsstörungsrecht**

Inklusive Ausrichtung & Anerkennung als freier Träger

- **§ 74 Abs. 4 SGB VIII-E** bei sonst gleich geeigneten Maßnahmen Vorzug derjenigen, die **stärker inklusiv ausgerichtet** oder an den Interessen der Betroffenen orientiert sind (...)
- **Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe** für Leistungserbringer, die seit mindestens 3 Jahren auf dem Gebiet der EGH für Kinder und Jugendliche mit (drohender) Behinderung beschäftigt

Kostenbeteiligung



Kostenbeitragspflichtige Leistungen

- **Teilstationäre und vollstationäre Leistungen, ION:**
 - Kostenbeitragspflichtig
 - Ausnahme: Teilhabe Arbeitsleben / Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten zur Vorbereitung auf Teilhabe Arbeitsleben
- **Ambulante Dienstleistungen:**
 - Ausnahmslos kostenbeitragsfrei!
- **Geld/Sachleistungen:**
 - Kostenbeitragsfrei
 - Ausnahme: Eigenanteil bei Leistungen zu Mobilität und Wohnraum (§ 35f Abs. 2 Nr. 1 und 7 VIII-E)

Heranziehung der Eltern

- Wie bisher:
 - **Kostenbeitragspflicht der Eltern aus Einkommen**
 - Heranziehung **unabhängig von Einkommen aus zweckgleichen Leistungen**
 - **Neu:** „Einnahmen“
 - Bei **teilstationären** Hilfen: Heranziehung nur bei Zusammenleben mit jungen Menschen
- **Neu:**
 - Leben die Elternteile zusammen, werden sie zusammen herangezogen
 - Getrennte Heranziehung nur bei Getrenntleben

Einkommensberechnung

- Wie bisher: **grds. alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert**
- **Neu:**
 - Kindergeld, welches für den jungen Menschen, der die Leistung erhält bezogen wird, wird dem maßgeblichen Einkommen des iSd Abs. 3 (bereinigt) desjenigen Elternteils zugerechnet, der das Kindergeld erhält
 - **Kindergeld wird Einkommen!**

Höhe des Kostenbeitrags

- Weiterhin **Kostenbeitragsverordnung**: nach Einkommensgruppen gestaffelte Pauschalbeträge
- **Neue Vorgaben**:
 - häusliche Ersparnis als Ausgangspunkt
 - Pauschalbeträge: Orientierung an den Regelbedarfsstufen der Anlage zu § 28 SGB XII
 - Einkommensabhängige Staffelung (Spanne von 0 -150 % der Beträge der Regelbedarfsstufen)
 - „Deckelung“ auf 150% der jeweiligen Regelbedarfsstufe

Höhe des Kostenbeitrags

- **Neue Vorgaben:**
 - Hilfe nach **§ 41**: Heranziehung Eltern auf Höhe des Kindergelds begrenzt, sofern sie dieses beziehen
 - Eigenanteil für Leistungen zu **Mobilität und Wohnraum**: Anteile der Beteiligung soll Kostenbeitragsverordnung bestimmen

Heranziehung junger Menschen

§ 93 SGB
VIII-E

- Weiterhin:
 - keine Heranziehung aus Einkommen
 - Heranziehung aus **zweckgleichen Leistungen**
 - keine Änderung der Freibeträge in Bezug auf BAföG
 - **Neu:** „Einnahmen“
 - **Neu:** Begrenzung auf Höchstbetrag der KostenbeitragsV
 - **Heranziehung Kindergeld** (selbstständiger Kostenbeitrag)
 - Unklar: laut Begründung iHv 75%
 - bei Nichtleistung: Erstattungsanspruch nach § 74 Abs. 2 EStG
- **Rangfolge:** Heranziehung junger Menschen (zweckgleiche Leistung, Kindergeld) vorrangig vor Eltern und Anrechnung auf deren Kostenbeitrag

Auswirkungen auf die Jugendämter



Kindergeld

Beispiel:

stationäre Unterbringung, Einkommen der Eltern unterschreitet Einkommensgrenze der Kostenbeitragsverordnung

- Bisher: **einkommensunabhängiger Kostenbeitrag** in Höhe des Kindergeld
- Neu: **Kindergeld = Einkommen**; keine Heranziehung Kindergeld mehr (unklar: Abzweigung bei Familienkasse?)



Alternativ:

weiterhin auch für Eltern: einkommensunabhängiger, eigenständiger Kostenbeitrag in Höhe des Kindergelds



Deckelung auf häusliche Ersparnis

Beispiel:

- Gut verdienende Eltern, teure Maßnahme (stationäre Unterbringung)
- Bisher: bei hohem Einkommen anteilig und Deckelung auf **Kosten der Leistung**
 - Neu: Deckelung auf 150 % der jeweiligen Regelbedarfsstufe (ca. **700 €**)

Kosten - Übergangsregelungen

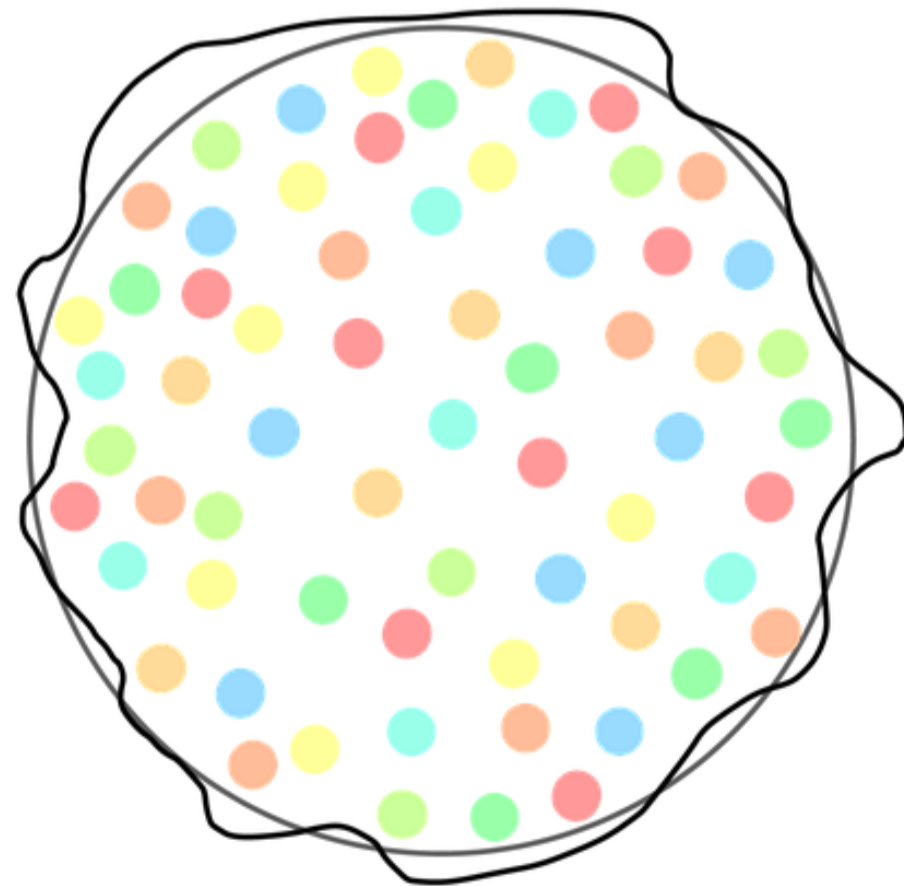
§ 109 Abs. 5, 6
SGB VIII-E

- Fortgeltung von **Kostenbescheiden** nach SGB IX bis zu ihrer Aufhebung
 - Rückwirkende Aufhebung der Kostenbescheide zum 1.1.2028 durch das JA
 - Eingang der Aufhebung bis zum 31.12.2028 bei den Verpflichteten (Soll-Vorschrift)
- Neuer SGB VIII-E Kostenbeitrag wird für bereits laufende Leistungen **begrenzt**
 - auf den alten SGB IX Kostenbeitrag bei Fortsetzung der SGB IX-Leistung als SGB VIII-E-Leistung
 - auf den bisher zu leistenden SGB VIII Kostenbeitrag

Auswirkungen auf die Jugendämter

- **Rückwirkende Aufhebung** der fortgeltenden SGB IX-Kostenbescheide bis 31.12.2028 (1 Jahr)
- **Erlass neuer Kostenbescheide**
 - Kostenbeitrag darf nicht höher sein als bisheriger SGB IX-Beitrag

Übergangsregelungen



Übersicht - Übergangsregelungen

§ 109 SGB
VIII-E

- Abs. 1 Fortgeltung von **Leistungs- & Vergütungsvereinbarungen** nach §§ 123 ff. SGB IX bis 31.12.2032 als SGB VIII-Vereinbarungen
 - Abs. 2 **Vorrang von SGB IX-Leistungen** für junge Menschen, die vor dem 1.1.2028 das 18. Lebensjahr vollendet haben
 - Abs. 3 Fortgeltung von **Leistungsbescheiden** nach § 99 SGB IX als Leistungsbescheide nach § 27 Abs. 3 SGB VIII-E
 - Abs. 4 Anspruch auf (vorherige) Neuverhandlung von Vereinbarungen nach § 78b SGB VIII
-

Übersicht - Übergangsregelungen

§ 109 SGB
VIII-E

- Abs. 5 Fortgeltung von **Kostenbescheiden** nach SGB IX bis zu ihrer Aufhebung
Rückwirkende Aufhebung der Kostenbescheide zum 1.1.2028 durch das JA
Eingang der Aufhebung bis zum 31.12.2028 bei den Verpflichteten (Soll-Vorschrift)
- Abs. 6 Neuer SGB VIII-E Kostenbeitrag wird für bereits laufende Leistungen **begrenzt**
 - auf den alten SGB IX Kostenbeitrag bei Fortsetzung der SGB IX-Leistung als SGB VIII-E-Leistung
 - auf den bisher zu leistenden SGB VIII Kostenbeitrag

Offene Punkte

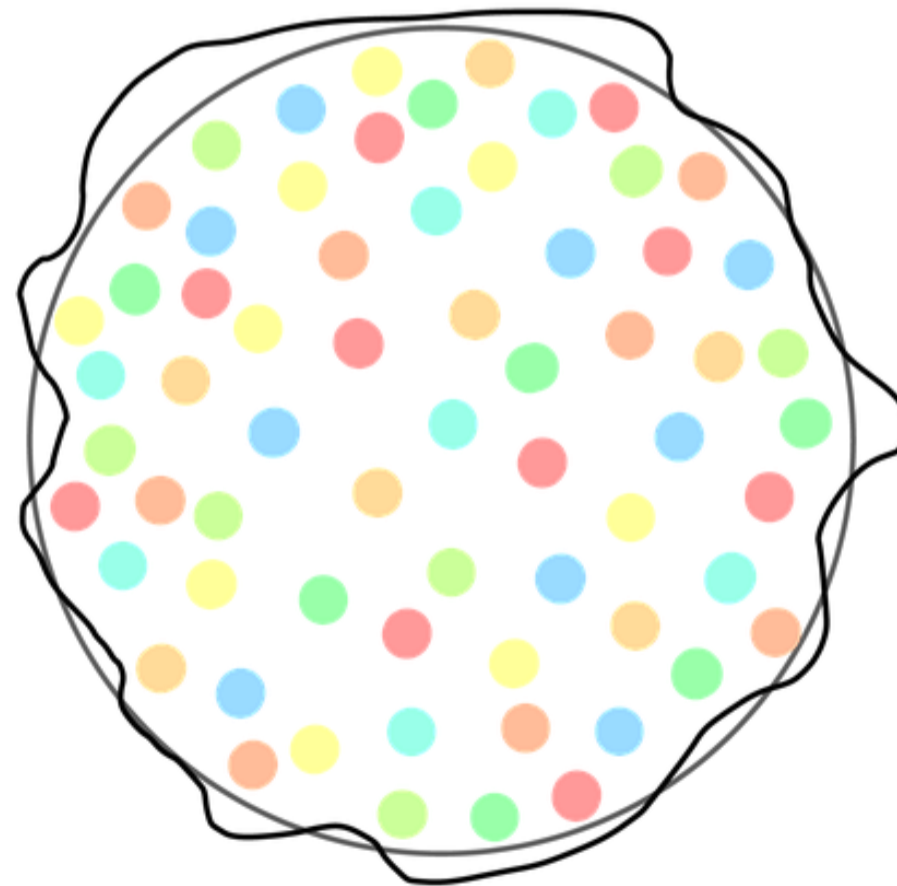


Keine Übergangsregelungen für die trägerübergreifende Abgabe von Fällen vom EGH-Träger an das zuständige JA zum 1.1.2028

Auswirkungen auf die Jugendämter

- **Ziel:** Sicherstellung nahtloser Leistungsgewährung ab 1.1.2028
- **Frühzeitige Zusammenarbeit** mit fallabgebenden SGB IX-Trägern

Gerichtsbearbeitung



Gerichtsbarkeit

§ 51 Abs. 1 Nr. 6b
SGG-E

- § 51 Abs. 1 Nr. 6b SGG-E:

Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe, soweit sie Leistungen der Eingliederungshilfe betreffen.

- Zuständigkeit des **Sozialgerichts für EGH**
- Zuständigkeit des **Verwaltungsgericht für HzE**

Auswirkungen auf die Jugendämter

- **Abgrenzung der Bedarfe** wird auf Ebene des Rechtswegs relevant
- Auseinandersetzung mit unterschiedlichen **Prozessordnungen**
- Orientierung an **VG-** und an **SG-Rechtsprechung**

Offene Punkte

gemischte Bedarfe

Scharfe Abgrenzung nötig auf Ebene der Rechtsdurchsetzung

Divergierende Rechtsprechung

Beispiel:
Hilfe- und Leistungsplanung
Kostenbeteiligung

Wahl der richtigen Gerichtsbarkeit

Beispiel:
Unterstützung durch beratende „Begleitperson“
→ Erziehungsbeistandschaft?
→ Teilhabeleistung?

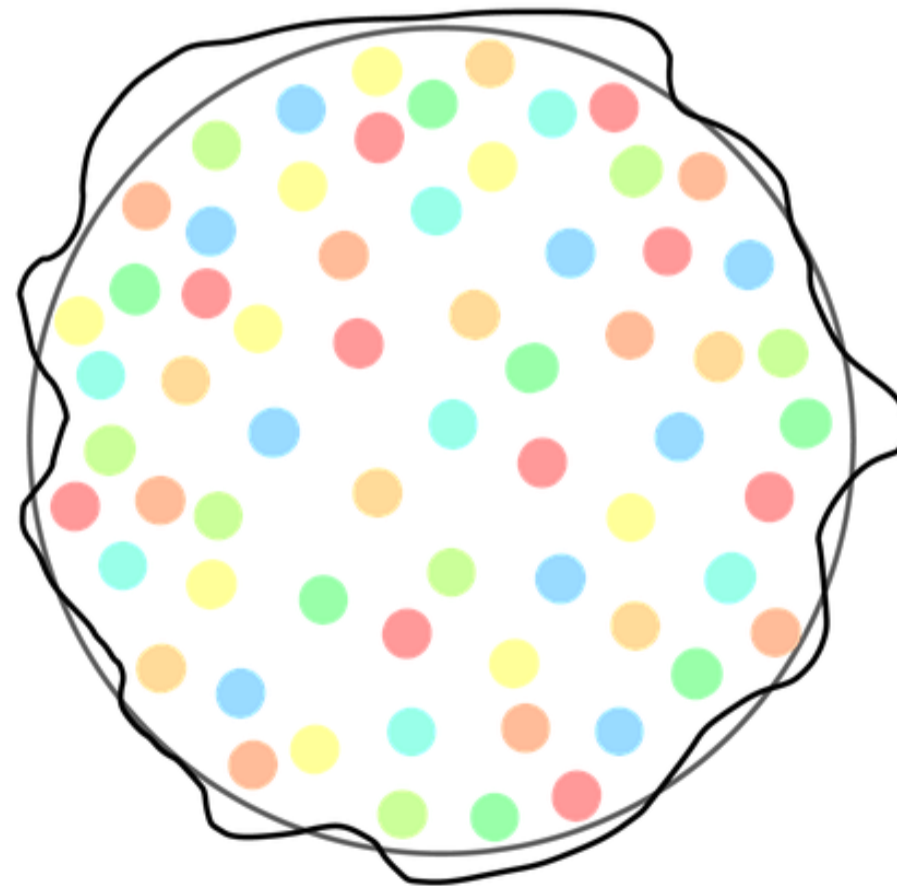
HzE trotz Behinderung

Beispiel:
Stationäre Unterbringung als HzE trotz Teilhabebedarf
→ Streitigkeiten vor VG, weil „formal“ als HzE?

Alternativ:

SG → HzE und EGH
VG → hoheitliche Aufgaben

Länderöffnungsklausel



Länderöffnungsklausel

- **Übertragung der Zuständigkeit für EGH-Leistungen durch Landesrecht**
 - Kann-Regelung
 - bis 31.12.2030
 - auf einen überörtlichen oder sonstigen anderen Träger
- **Voraussetzung: Sicherstellung einer ortsnahen Inanspruchnahme**
 - Beratung, Aufklärung, Antragstellung sowie Hilfe- und Leistungsplanung (§§ 36-38d)
 - unter Einbeziehung des örtlichen JA

Offene Punkte

- Unsicherheiten durch **weitreichende Formulierung** in § 85 Abs. 5 SGB VIII-E
- **Ortsnahe Hilfe- und Leistungsplanung:**
 - Praktische Umsetzbarkeit?
 - Ausgestaltung der „Einbeziehung“ des JA?
 - Folgen bei fehlender Sicherstellung?
- **Folgen bei Untätigkeit?**
- Umsetzbarkeit der Auswahl eines einheitlichen Leistungserbringers bei **Kombination von HzE und EGH-Leistungen**, für die zwei verschiedene Träger zuständig sind?

Weitere Informationen

- Synopse

https://dijuf.de/fileadmin/Redaktion/Startseite/Aktuelles/DIJuF-Synopse_zum_Entwurf_eines_Kinder-_und_Jugendhilfeinklusionsgesetzes__IKJHG__16.10.2024.pdf

- Gesetzgebungsverfahren / Stellungnahmen

<https://dijuf.de/handlungsfelder/inklusives-sgb-viii/ikjhg>

- Fragen?

lohse@dijuf.de

toelch@dijuf.de